

Welche Schwerpunkte setzen die Fraktionen für die Zukunft des Bildungsstandorts Graubünden und wie werden diese von der Fraktion begleitet?

Strategische Herausforderungen und Schwerpunkte für den Bildungsstandort Graubünden in der Planungsperiode 2021 bis 2024. von Christian Ehrbar

Ausgangspunkt der Planung für die Periode 2021 bis 2024 ist die Festlegung der übergeordneten politischen Ziele durch den Grossen Rat. Die Grundlagen dazu erarbeitete die Kommission für Staatspolitik und Strategie des Grossen Rats zusammen mit der Regierung. In einem zweiten Schritt legt die Regierung im Rahmen der oben erwähnten übergeordneten Ziele und Leitsätze die strategischen Regierungsziele fest und bestimmt Entwicklungsschwerpunkte mit konkreten Massnahmen, um die Ziele zu erreichen. Anschliessend erstellt die Regierung den Finanzplan. Der letzte Schritt der Planungsphase stellt die Festlegung der finanzpolitischen Richtwerte durch den Grossen Rat dar.

Zukunftsgerichtete Positionierung

Das übergeordnete politische Ziel 12 befasst sich mit dem «Aufbau der Zukunft» mit einer bedürfnisorientierten Schul-, Berufs- und Hochschulbildung sowie einer stärkeren Positionierung der wissenschaftlichen Forschung und Innovation:

In einer digitalisierten Wissensgesellschaft ist die Schaffung und Weitergabe von Wissen ein Standortfaktor, dessen Bedeutung laufend zunimmt. Der Kanton Graubünden positioniert sich als Anbieter qualitativ hochstehender und regional verankerter Schul-, Berufs- und Hochschulbildung und stärkt seine Positionierung als Standort universitärer

Bildung in Zusammenarbeit mit ausserkantonalen Hochschulen. Der wissenschaftlichen Forschung ist ein höheres Gewicht beizumessen und die Ansiedlung entsprechender Institutionen anzustreben. Die Berufs- und Fachhochschulbildung sorgt für ein bedarfsgerechtes Angebot an Fachkräften für die ansässige Wirtschaft und bietet jungen Menschen, Quer- und Wiedereinsteigern attraktive Berufs- und Weiterbildungsperspektiven. Der Kanton unterstützt Unternehmen beim Aus- und Aufbau anwendungsorientierter Forschung und ermöglicht den Aufbau von entsprechenden Netzwerken. Die Innovation wird durch gute Rahmenbedingungen gestärkt.

Unser Berg- und Randkanton ist dann attraktiv, wenn er ein Wirtschaftsstandort ist, der auch wohn- und erlebbar ist. Das heisst, dass wir in der Forschung, in der Wirtschaft, aber auch in der Bildung überdurchschnittlich gut sein müssen. Der Grosse Rat hat dazu gute Rahmenbedingungen geschaffen und wird diese 2020 in der Debatte der digitalen Transformation auch noch in diesem Themenbereich erweitern. Damit ist der Weg geebnet, das übergeordnete politische Leitziel Nummer 12 geplant und mit geeigneten Mitteln zu erreichen. Bei der Verabschiedung des Mittelschulgesetzes wurden die dezentralen Mittelschulen gestärkt. Die universitäre Bildung muss bewusster thematisiert und aktiver betrieben werden. Die Fachhochschulen sind auf gutem Weg. Dabei ist eine Konzentration auf die Fachhochschule Graubünden zu avisieren, mit der Förderung der Studiengänge in den Bereichen Technik, Ingenieurwissenschaften, Informatik etc. Auf Niveau Volksschule sollen die Mint-Fächer noch stärker gefördert werden. Der Lehrplan 21 bringt diesbezüglich einige positive Neuerungen, das Thema kann aber noch akzentuiert werden.

Bei der digitalen Transformation hat die FDP ab 2015 als erste Partei zwei konkrete Vorstösse eingereicht. Mit der Behandlung des 40-Mio.-Kredits erhalten wir nun die Möglichkeit, für die Forschung mehr Freiraum zu schaffen, der Wirtschaft den Weg zur digitalen Innovation zu ebnet und die Bildung fit für die Digitalisierung zu machen. Das erreichen wir jedoch nur, wenn wir mit diesem Topf nicht nochmals Projekte unterstützen, die bereits im Grundauftrag des Kantons enthalten sind (z. B. elektronisches Patientendossier). Ebenfalls wehrt sich die FDP gegen die Möglichkeit der einzelbetrieblichen Förderung, da damit das Ziel der «digitalen Transformation» verwässert wird. Auch muss eine klare Abgrenzung zur Wirtschaftsförderung ersichtlich sein.



Vera Stiffler, Fraktionspräsidentin FDP

Graubünden muss das bestehende Bildungsangebot mit Blick auf die demografischen und wirtschaftlichen Bedürfnisse gestalten. Für die verschiedenen Bildungsstufen sind stufengerechte und wirkungsorientierte Ziele zu formulieren. Ein besonderes Augenmerk ist auf die Höhere Berufsbildung zu richten. In Graubünden absolvieren die meisten Jugendlichen eine Berufslehre. Sie sind prädestiniert, nach ihrer Lehre ein Studium an einer unserer Höheren Fachschulen oder an der Fachhochschule Graubünden anzutreten. Mit der Academia Engadina in Samedan, der EHL Hotelfachschule in Passugg, dem Bildungszentrum Gesundheit und Soziales in Chur und der IBW Höhere Fachschule Südostschweiz in Chur und Maienfeld verfügen wir über Höhere Fachschulen, die mit ihren praxis- und handlungsorientierten Bildungsangeboten überregionale oder sogar nationale Ausstrahlung haben. Sie sind im Bereich der Digitalisierung der Lehr- und Lernformen besonders gefordert, um den künftigen Erwartungen der Studierenden und der digitalen Gesellschaft gerecht werden zu können. Nur durch Förderung und Unterstützung durch die politischen Entscheidungsträger können diese Angebote für Absolventen der beruflichen Grundbildung in unserer Region langfristig bestehen bleiben.

Die CVP-Fraktion wird Wert darauf legen, dass Graubünden auch auf diesen Stärken aufbaut. Die Fachhochschule Graubünden und unsere Höheren Fachschulen bilden die Basis, auf der wir unseren Bildungsstandort weiterentwickeln können. Nur so wird es möglich sein, unseren Talenten Perspektiven in der Region zu bieten und dem Fachkräftemangel wirksam zu begegnen.

Remo Cavegn, Fraktionspräsident CVP



Mit den übergeordneten politischen Zielen und den dazugehörigen Leitsätzen des Grossen Rats werden der Regierung durch das Parlament Leitplanken für das Erstellen des Regierungsprogramms vorgegeben. Im Bereich des Bildungs- und Forschungsstandorts Graubünden liegt die Kernaussage darin, dass die Bedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft in der Schul-, Berufs- und Hochschulbildung zu berücksichtigen sind. Mit der Ergänzung, dass sich Graubünden als Standort wissenschaftlicher Forschung und Innovation stärker positionieren soll, wird der Fokus automatisch auf die Höhere Bildung gerichtet. Die Fraktion der BDP unterstützt in der parlamentarischen Arbeit dieses Vorhaben und fordert von den Verantwortlichen auf der operativen Ebene weiterhin Weitblick beim Angebot der Lehrgänge und Qualität bei deren Umsetzung. Nur so kann den politischen Zielen nachgelebt werden.

Im Grossen Rat geben wir mit Gesetzen und Verordnungen den Spielraum für die Entwicklung auf allen Stufen der Bildung vor. In Anlehnung an die Gesetze werden über Budget und Kredite die finanziellen Mittel für den Schulbetrieb und für die Infrastruktur der verschiedenen Institutionen zur Verfügung gestellt. Aufgrund der guten finanziellen Möglichkeiten des Kantons hat die BDP bereits in der Vergangenheit die Bedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft auf einem hohen Niveau berücksichtigt und wird dies auch weiterhin tun. Es darf festgestellt werden, dass wir in unserem Kanton trotz der topografischen und sprachlichen Herausforderungen auf allen Stufen ein gutes Bildungsangebot besitzen. Auf dieser Basis wird sich die BDP weiterhin für gute Rahmenbedingungen für den Bildungs- und Forschungsstandort Graubünden einsetzen, wobei das duale Bildungsangebot nicht zu vernachlässigen ist.

Gian Michael, Fraktionspräsident BDP

Für die SP-Fraktion gehört ein attraktives Bildungsangebot zu den Trümpfen unseres Bergkantons. Dabei soll auf allen Stufen der Fokus darauf gerichtet werden, dass alle Bevölkerungsgruppen dieselben Bildungschancen haben. Dazu zählen der gezielte Ausbau der Frühförderangebote und die Möglichkeiten für Tagesschulen. Zudem trägt ein qualitativ hochwertiges Bildungssystem zu hoher Wettbewerbsfähigkeit bei und ist der Treiber für Innovation. Partnerschaften spielen eine wesentliche Rolle. Dies können Partnerschaften mit Bildungsinstitutionen ausserhalb des Kantons oder mit der Wirtschaft sein. So können beispielsweise Entwicklungs- und Forschungszentren im Berggebiet entstehen, weil diese in ruhiger Umgebung ein entschleunigtes Denken ermöglichen. Zudem bietet sich der Bergkanton für die Zusammenarbeit in Themen an, für welche Graubünden prädestiniert ist – für die SP sind dies die Bereiche Tourismus, Umwelt und Klima sowie Sprache und Kultur. Dazu geben die Profildfelder der geltenden Hochschul- und Forschungsstrategie einen guten Überblick. Einen weiteren Schwerpunkt setzt die SP im Bereich des Digitalen Wandels. Diesen sehen wir als grosse Chance für Graubünden. Die sich schnell wandelnden Berufsbilder führen jedoch auch dazu, dass Arbeitnehmende flexibler werden. Deshalb wird lebenslanges Lernen immer zentraler. Es besteht die Gefahr, dass gewisse Bevölkerungsgruppen den Anschluss an die sich rasch entwickelnde Technologie verlieren. Damit dies nicht geschieht, richtet die SP den Fokus auf gezielte Aus- und Weiterbildungsprogrammen.

Für diese Schwerpunkte engagiert sich die SP regelmässig mit Vorstössen im Grossen Rat, Positionspapieren sowie mit der Stärkung der Standortattraktivität Graubündens.

Sandra Locher Benguerel, Fraktionsvizepräsidentin SP



Die Zukunft des Bildungs- und Forschungsstandorts Graubünden wird in den kommenden Jahren eine grosse, aber mit viel Einsatz und guten Ideen zu bewältigende Herausforderung. Ein wichtiger Punkt dabei ist eine konsequente Verzahnung der angebotenen Lehrgänge mit der hiesigen, lokalen Wirtschaft. Dabei sind die Dozenten, welche unsere Bildungsinstitute für diese Lehrgänge rekrutieren genauso wichtig wie die Lehrgänge selbst. Der Fokus sollte hier insbesondere auf Köpfen liegen, welche, wie die Lehrgänge selbst, eng mit der Wirtschaft verbunden, am besten sogar in der Wirtschaft selbst tätig sind. Die SVP-Fraktion hat das duale Bildungssystem immer konsequent gestärkt und verfolgt und wird dies auch in Zukunft tun. Darauf sollten auch die Bildungsangebote ausgerichtet werden. Um diese Ziele zu erreichen sind neben dem entsprechenden Einsatz der Bildungs- und Forschungsinstitute selbst neuzzeitige und gute Infrastrukturen nötig. Hier liegt es an der Politik, Erfolg versprechende Projekte weiterhin zu fördern. Als Fraktion sind wir überzeugt davon, nur wer diese Projekte fördert, kann später auch fordern. Ebenfalls an der Politik liegt es, die passenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Wie auch für die Wirtschaft folgen wir hier dem Grundsatz: möglichst wenig Regulierung und hohe Selbstverantwortung. Ganz wichtig dabei ist aus unserer Sicht, dass eine Leistungskultur erhalten bleibt. Nicht die Anzahl der Abschlüsse zählt, sondern die Qualität der Lehrgänge muss gemessen werden. Und daran haben sich künftig – sofern die Politik weiterhin die Rahmenbedingungen und Infrastrukturen zur Verfügung stellt – die Bildungs- und Forschungsinstitute zu orientieren.



Jan Koch, Fraktionspräsident SVP